

Solide Staatsfinanzen in Liechtenstein während der Corona-Krise: Markus Biedermann im Interview

Markus Biedermann (lic.oec. HSG) ist Generalsekretär des Ministeriums für Präsidiales und Finanzen, Fürstentum Liechtenstein

Welche wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise erwarten Sie derzeit für Liechtenstein? Als Basisszenario für Konjunktur und Staatsfinanzen?

Ich erwarte die wirtschaftlichen Folgen in mehreren Phasen. In einer ersten Phase ging es in den vergangenen Monaten darum, eine Kündigungs- und Konkurswelle aufgrund der Auswirkungen der staatlichen Massnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie zu vermeiden. Durch den Ausbau der Möglichkeiten für Kurzarbeit, der Bereitstellung liquiditätssichernder Kredite sowie weiterer Unterstützungsmassnahmen für Unternehmen konnte dieses Ziel weitgehend erreicht werden. In einer nächsten Phase wird die prognostizierte Rezession in den Absatzmärkten eine zentrale Herausforderung vor allem für die exportorientierten Unternehmen darstellen. Darüber hinaus besteht meiner Ansicht nach das längerfristige Risiko, dass die im Zuge der Corona-Krise nochmals massiv ausgeweitete Verschuldung vieler Staaten sowie die Anleihenkaufprogramme der Zentralbanken zu Verwerfungen in den Märkten führen und Quelle neuer Krisen bilden könnten.

Wie gut ist das Land finanziell für eine möglicherweise langanhaltende globale Rezession gewappnet?

Die aktuelle Krise zeigt auf, wie wichtig die Sanierung des Staathaushalts in Liechtenstein war. Dies ermöglichte es Liechtenstein, die Reserven in den letzten wirtschaftlich sehr guten Jahren deutlich aufzubauen. Liechtenstein verfügt derzeit über Reserven im Umfang von beinahe des Dreifachen des jährlichen Staatshaushalts. Die im Zuge der Corona-Pandemie bewilligten zusätzlichen Ausgaben von rund CHF 100 Mio. können dieses Jahr zudem gänzlich aus den ordentlichen Einnahmen finanziert werden. Die Situation des Staatshaushalts kann also als hervorragend angesehen werden. Das Best-Rating AAA mit stabilem Ausblick von Standard&Poor's bestätigt dies.

In der Beantwortung des Postulats zum verantwortungsvollen Umgang mit staatlichen Überschüssen und Reserven [zeigte die Regierung vor kurzem auf](#), wie sich unterschiedliche Szenarien auf die Reservenentwicklung auswirken. Aufgrund der guten Ausgangslage kann Liechtenstein gemäss diesen Szenarien auch einen längeren Konjunkturerinbruch oder eine globale Rezession aus Sicht der Staatsfinanzen durchaus verkraften. Sollten die Steuereinnahmen aufgrund einer globalen Rezession aber längerfristig sinken, müssten sicher wieder Massnahmen zur Stabilisierung des Staatshaushalts eingeleitet werden.

Wo liegen die grösseren volkswirtschaftlichen Risiken: bei den heimischen (Finanz-) Dienstleistern oder bei der heimischen Industrie? Gibt es auch neue Chancen für Liechtenstein im internationalen Standortwettbewerb?

Anders als bei der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise vor zehn Jahren ist bei der aktuellen Krise primär das heimische Gewerbe und die exportorientierte Industrie betroffen. Es gibt allerdings auch Betriebe, die kaum betroffen sind oder sogar Zuwächse zu verzeichnen haben. Standortvorteile sehe ich primär in der Stabilität der politischen Rahmenbedingungen und in den geordneten Beziehungen zu unseren Nachbarstaaten und der EU. Diese Standortfaktoren werden gerade in Zeiten zunehmender Unsicherheit wichtig und verbessern die Planungssicherheit für Unternehmen.

Die aktuelle Krise bringt notwendigerweise höhere Staatsausgaben mit sich. Gibt es seitens der Landesregierung eine Priorisierung, was die Einkommensseite des Haushalts angeht: Rückgriff auf die Reserven, Steuererhöhungen (um Kosten zu decken), Steuersenkungen (um die Wirtschaft zu stärken), andere Instrumente?

Wir gehen davon aus, dass die Mehraufwendungen aufgrund der Massnahmenpakete zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen in Zusammenhang mit dem Coronavirus dieses Jahr über die Steuereinnahmen vollständig finanziert werden können. Dies vor allem auch, weil im laufenden Jahr ein einmaliger aussergewöhnlich hoher Ertragssteueranfall zu verzeichnen ist. Höhere Risiken sehe ich in den kommenden Jahren im Einbruch der Steuererträge aufgrund der globalen Rezession. Das Finanzhaushaltsgesetz gibt hierzu finanzpolitische Eckwerte vor, bei deren Nichteinhaltung die Regierung dem Landtag Vorschläge unterbreiten muss, wie diese Eckwerte wieder eingehalten werden können.

Die Ausgangslage ist aber derzeit eine andere. Aufgrund der stark verbesserten Reservenlage könnte ich mir vorstellen, dass ein gewisses Defizit über einen bewussten Abbau dieser Reserven erfolgt. Aber auch das hat Folgen: Eine wichtige Quelle der Staatseinnahmen sind die Erträge aus dem extern verwalteten Vermögen. Wird dieses reduziert, werden auch diese Einnahmen künftig geringer ausfallen und nicht mehr zur Verfügung stehen. Steuersenkungen stehen meiner Ansicht nach derzeit nicht im Vordergrund, da die Ertragssteuern schon sehr attraktiv ausgestaltet sind.

Im Vergleich zum Rest Europas erscheint Liechtenstein als eine Insel der Seligen. Welche Auswirkungen können sich aus den ökonomischen, geld- und fiskalpolitischen Entwicklungen in Europa für das Land ergeben?

Liechtenstein ist als kleine offene Volkswirtschaft stark von der europäischen und globalen Konjunkturentwicklung abhängig. Im Vergleich zu anderen kleineren Staaten verfügt Liechtenstein über eine breit diversifizierte Wirtschaft mit einem sehr starken Industriesektor. Die Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) kombiniert mit der Integration in den schweizerischen Zoll- und Währungsraum gewährleistet mittel- und längerfristige Rechtssicherheit und Stabilität. Kurzfristig können Wechselkursschocks aber eine grosse Herausforderung darstellen. Der ungehinderte, faire und gleichberechtigte Zugang zu den Märkten ist deshalb essentiell für Liechtenstein. Hier bestehen durchaus Risiken, wenn Märkte mit tarifären oder nicht-tarifären Handelshemmnissen abgeschottet werden.

Ganz grundsätzlich: welche Faktoren könnten die relativ soliden Staatsfinanzen in Liechtenstein erklären? Sind relativ kleine Länder eher geneigt bzw. genötigt, ihre Schulden im Griff zu haben?

Kleine Länder haben grundsätzlich weniger Möglichkeiten, sich zu verschulden ohne ihre Selbständigkeit längerfristig zu verlieren. Zudem sind die Strukturen weniger komplex und damit die Verantwortlichkeiten direkter erkennbar. Reformen können damit rascher umgesetzt und Fehlentwicklungen korrigiert werden.

Trotz eines sehr hohen Niveaus der Sozialleistungen wird die Eigenverantwortung und der Gemeinsinn in Liechtenstein gelebt. Die überschaubaren Verhältnisse, Mitsprachemöglichkeit und Verantwortungsbewusstsein prägen das private und staatliche Handeln.

Es herrscht in Liechtenstein ein breiter Konsens, dass ein stabiler Staatshaushalt und ausreichende Reserven wesentlich für die Souveränität des Landes sind. Gerät der Staatshaushalt aus dem Lot, bedingt es allerdings einen klaren politischen Willen und Durchsetzungskraft, um die notwendigen Sanierungsmassnahmen umzusetzen. Während der letzten Sanierungsphase wurden Massnahmen mit einem Volumen von rund 25% des jährlichen Staatshaushalts realisiert – ein enormer Kraftakt. Diese verteilten sich zu 2/3 auf Ausgabensenkungen und zu 1/3 auf Einnahmenerhöhungen. Dies hat ein hohes Mass an Verantwortungsbewusstsein, Augenmass und Sachlichkeit vorausgesetzt. Ohne diese Massnahmen würde sich die Finanzlage Liechtensteins ganz anders präsentieren. Allein die umgesetzten Ausgabensenkungen haben sich über die Jahre zu Einsparungen von 1 Mrd. Franken kumuliert. Die verfügbaren Reserven wären ohne diese Massnahmen also auf einem deutlich tieferen Niveau.

Mit Blick auf die soliden Staatsfinanzen ist aber auch zu bedenken, dass ein wesentlicher Teil der Überschüsse der vergangenen Jahre auf die Finanzerträge aus dem extern verwalteten Vermögen zurückzuführen ist. Entsprechend haben die staatlichen Reserven auch hier hohe Bedeutung.

Zum Schluss: viele sagten ja schon zu Zeiten der Banken- und Schuldenkrise, dies sei nicht die Zeit für „Ordnungspolitik“. Muss Ordnungspolitik in der Krise einfach einmal pausieren oder wird sie gerade dann gebraucht?

Wir sehen derzeit international einen beispiellosen Ausbau der fiskalischen und geldpolitischen Instrumente und deren Einsatz. Zentral ist, dass diese Massnahmen so bald als möglich und vor allem vollständig zurückgefahren werden. Es besteht das Risiko, dass ein Gewöhnungseffekt und damit eine Abhängigkeit von Unternehmen von staatlichen Fördermassnahmen eintritt. Ein klarer ordnungspolitischer Kompass ist deshalb gerade in Krisen unabdingbar.

Ein hohes Risiko erscheint mir, dass bei künftigen externen Schocks oder wirtschaftlichen Schwierigkeiten staatliche Interventionen mit Bezugnahme auf die aktuelle Krise vermehrt gefordert werden. Das Eingehen von Risiken mit entsprechenden Aussichten auf Gewinn oder aber Verlust ist für die ökonomische Entwicklung einer Volkswirtschaft essenziell. Das Abfedern von ökonomischen Risiken muss deshalb immer wieder mit Blick auf die zugrundeliegenden Anreize hinterfragt werden. Gesellschaftspolitisch sollte wieder verstärkt ökonomischer Erfolg akzeptiert und im Gegenzug die Verantwortung, Verluste privatwirtschaftlich zu tragen und diese nicht zu sozialisieren, eingefordert werden.